

S. Rothe, Humboldtsiedlung 17, 02763 Zittau

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Die Mitglieder der
Bundeshauptversammlung
des Berufsverbandes
der Arzt-, Zahnarzt-
und Tierärzthelferinnen
e. V. (BdA)

Kassel, 22. Mai 2006

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Mitglieder der 19. ordentlichen Bundeshauptversammlung des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen e. V. (BdA) wenden sich mit diesem offenen Brief an Sie, um auf die immer schwieriger werdende Situation der Mitarbeiterinnen in den Arzt-, Zahnarzt- und Tierarztpraxen hinzuweisen.

Im ambulanten Gesundheitswesen arbeiten rund 500.000 Arzthelferinnen und Zahnmedizinische Fachangestellte. Bisherige Änderungen in der ambulanten Versorgung wurden auf unseren Rücken ausgetragen, weil die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte auf die immer unsicher werdende wirtschaftliche Lage mit Stellenabbau, Stundenkürzungen und rückläufigen Ausbildungszahlen reagierten.

Die Auswirkungen auf uns als zweitstärkste Beschäftigtengruppe im Gesundheitswesen bleiben der Öffentlichkeit dabei weitestgehend verborgen: Entlassungen in Kleinbetrieben sind uninteressant. Auch in anderen Bereichen wird unsere Berufsgruppe ignoriert: Die offizielle Statistik hat keine detaillierten Auskünfte über uns und die Leistungen der Praxismitarbeiterinnen werden bei Honorarverhandlungen nicht berücksichtigt.

Die Frauen unserer Berufsgruppe haben eine dreijährige Berufsausbildung absolviert, sie übernehmen soziale Verantwortung und engagieren sich für Versicherte und Patienten. Dennoch bleiben ihnen – insbesondere den Arzthelferinnen - kaum Aufstiegsmöglichkeiten, was letztlich dazu führt, dass gute Kräfte in anderen Bereichen unterkommen und die Berufe als beispielhaft für den Niedriglohnsektor angeführt werden.

Permanent wird versucht, die Effizienz und Effektivität im Gesundheitswesen durch eine Steigerung der Leistungen bei gleichbleibenden Ausgaben, neue Gesetze, Verordnungen und Maßregelungen und somit durch Umwandlung von Betreuungszeit in Verwaltungszeit zu erhöhen. Aber ohne Erfolg.

Die Zukunft des Gesundheitswesens muss vielmehr bestimmt sein durch:

- freie und eigenverantwortliche Versicherte,
- Therapiefreiheit,
- ein ungestörtes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Patienten und Praxisteam,
- eine für alle Beteiligten ausreichende und gerechte Honorierung der erbrachten Leistungen
- gezielte Unterstützung von den Menschen, die sich eine Versorgung im Krankheitsfall aus eigener Kraft nicht leisten können.

Gerade angesichts der komplizierten Kostenlage im Gesundheitssektor sollten in diesem Sinne das Engagement und die fachlichen Kompetenzen von uns Frauen genutzt und gefördert werden. Dazu gehört auch, ihnen Perspektiven zu bieten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie haben in einer Ihrer Reden gefordert „herauszufinden, was in uns steckt“. Dieser Aufgabe stellen wir Frauen uns täglich. Wir geben fachlich wie menschlich jeden Tag in unserer Arbeit alles, was in uns steckt. Zudem engagieren wir uns für unsere Kolleginnen in vielen ehrenamtlichen Bereichen. Das Wertvollste, was wir besitzen, ist unsere Berufs- und Lebenserfahrung. Und genau hier liegt die ungenutzte Effizienz.

Wir fordern deshalb:

... die gesellschaftliche Anerkennung der in diesen Frauenberufen geleisteten Arbeit im Sinne des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Für Arzthelferinnen, Zahnmedizinische Fachangestellte und Tierarzthelferinnen muss eine eigenständige Lebensführung möglich sein.

... die Berücksichtigung unserer Leistungen bei der Honorarbildung im ambulanten Gesundheitswesen, damit wir nicht nur heute, sondern auch im Alter selbstständig leben können.

... die Einbeziehung unserer Fachkompetenz und unserer praxisorganisatorischen Fähigkeiten sowie unserer psychosozialen Kompetenzen bei der Neugestaltung eines entbürokratisierten Gesundheitswesens.

... die Schaffung von gesetzlichen und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, die eine individuelle und vertrauensvolle Betreuung und Begleitung von Patienten ermöglichen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie stehen für Pragmatismus, klare Worte und weibliche Weitsicht - genau das, was unser Gesundheitswesen benötigt.

Wir sind bereit, uns beruflich und persönlich weiterhin in unseren Praxisteamen zu engagieren, geben Sie uns dazu die Möglichkeit.

Die Mitglieder der Bundeshauptversammlung 2006